

ve Staatsbürger wahrgenommen, eine Petition einzureichen. Damit sind die Niederbayern auf der ersten Stelle gelandet, wenn es um Petitionen geht.

(Hans Joachim Werner (SPD): Welche Behörden waren das?)

- Ich wollte die Beamten und Behörden nicht nennen, lieber Herr Vorsitzender. Aber Ihr Zuruf gibt mir die Gelegenheit, das zu tun, was auch Frau Kollegin Ackermann getan hat, nämlich Ihnen und der stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses sowie allen Mitgliedern und Mitarbeitern des Ausschusses für eine wirklich hervorragende und sehr kooperative, besonders human geprägte Zusammenarbeit – diese muss man immer wieder hervorheben – zu danken. Wenn alle Ausschüsse des Bayerischen Landtags so harmonisch arbeiten würden wie dieser Ausschuss, würden wir hier letztlich keine Debatten führen, sondern uns nur mit der Sache auseinandersetzen. Aber in der Politik ist es nun einmal so, dass wir unterschiedliche Parteien und unterschiedliche Auffassungen haben.

Lassen Sie mich ein paar Dinge aus der Ausschussarbeit berichten. Herr Vorsitzender, Ihnen ist ja der Fall "Momo" besonders aufgefallen. Es ist einer der klassischen Fälle. Ein Mann aus Sierra Leone ist mit 14 Jahren traumatisiert hierhergekommen. Eine ganze Region, nämlich die des Chiemsees, hat sich für ihn verwandt. Inzwischen steht er in einem Lehrverhältnis, das er hoffentlich alsbald erfolgreich abschließen wird. Dann wird er den Gesellenbrief bekommen. Hier haben wir ein positives Beispiel dafür, wie der Ausschuss in einem sehr konkreten Fall ganz unabhängig von der Vielzahl derjenigen, die sich als Unterstützer verwendet haben, entschieden hat.

Es gibt den auch von Frau Ackermann dargestellten Fall einer tschetschenischen Familie, wo die Mutter krank in Deutschland war, während der Vater mit drei Kindern in Polen wohnte. Die Familie wurde zusammengeführt.

Dann gibt es den Fall eines Baumhauses im Landkreis Miesbach. Da machen wir demnächst eine Ortsbesichtigung. Da hat ein Vater ein Haus für seine Kinder gebaut, das zu nahe an einer Grundstücksgrenze steht. Zwischenzeitlich wurde der Vater vom Landratsamt aufgefordert, das Baumhaus abzureißen.

In einem anderen Fall hat ein Motorradklub versucht, seine Hütte zu erweitern und auszubauen. Die Gemeinde hat zwischenzeitlich im Rahmen einer Ortsplanung die Hütte aufgrund der Petition des Motorradklubs genehmigt.

In einer Vielzahl weiterer Petitionen konnte man den Menschen, die sich an den Petitionsausschuss gewandt haben, effektiv helfen. Damit ist der Sinn dieses Ausschusses erfüllt, nämlich den Bürgern Gehör zu verschaffen.

In diesem Sinne bedanke ich mich bei Ihnen, liebe stellvertretende Vorsitzende und Herr Vorsitzender.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

**Abschlussbericht
der Kommission zur parlamentarischen
Begleitung der Energiewende in Bayern
(Drs. 16/17500)**

Nach dem Beschluss des Landtags vom 13. Juli 2011, Drucksache 16/9294, hat die Energiekommission dem Landtag bis zum Ende der Wahlperiode, das bevorsteht, einen abschließenden schriftlichen Bericht vorzulegen, über den eine Aussprache stattfinden kann. Zu dieser Berichterstattung hat jetzt der Herr Vorsitzende, Herr Abgeordneter Reiß, das Wort. Im Ältestenrat ging man davon aus, dass der Bericht des Vorsitzenden circa 15 Minuten dauert. Herr Reiß, Sie haben das Wort zur Erstattung dieses Berichts.

Tobias Reiß (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist heute gesellschaftlicher Konsens, dass der Umstieg von nuklearer, aber auch von fossiler auf erneuerbare Energien eine Notwendigkeit ist, erstens um den Klimawandel einzugrenzen, zweitens um technische Risiken zu minimieren und drittens um die Abhängigkeit von Rohstoffen zu verringern.

Im September 2011 hat die Kommission zur parlamentarischen Begleitung der Energiewende in Bayern, kurz die Energiekommission, ihre Arbeit aufgenommen, um diesen Umstieg auf eine möglichst breite, fraktionsübergreifende Basis zu stellen. Die gesamte Arbeit, die seit dieser Einsetzung der Energiekommission geleistet wurde – jeder Termin, jedes Thema und die gesamte Planung –, war dabei von Anfang an mit allen Fraktionen eng abgestimmt und im Einvernehmen festgelegt. In den letzten 22 Monaten haben wir uns in der Energiekommission intensiv mit den verschiedensten Fragestellungen auseinandergesetzt, die sich aus dem Mammutprojekt Energiewende ergeben. In insgesamt 33 Sitzungen wurden alle inhaltlichen Herausforderungen der Energiewende be-

leuchtet. In neun Anhörungen haben wir mit insgesamt 60 renommierten Experten aus ganz Deutschland diskutiert. Wir hatten den EU-Energiekommissar Oettinger in der Kommission und waren auf seine Einladung in Brüssel zu Gesprächen mit der halben Generaldirektion Energie. Wir haben, wie es unser Auftrag war, aus diesen Anhörungen Schlussfolgerungen zu der Frage gezogen, wo wir als Mitglieder der Energiekommission die weiteren Herausforderungen der Energiewende sehen. Auf dieser Grundlage haben wir in den letzten Wochen den heute vorliegenden Schlussbericht erarbeitet.

Mein Dank gilt an dieser Stelle den vielen Fachleuten, die uns mit ihrem Sachverstand unterstützt haben, und ebenso den Kolleginnen und Kollegen der Energiekommission. Besonders danke ich den Mitarbeitern der Fraktionen, die in den letzten Wochen zum Teil unter erheblichem Zeitdruck Hervorragendes geleistet haben, um diesen Schlussbericht mit uns zu erarbeiten. Ich danke Herrn Dr. Widmann vom Landtagsamt für seine stets engagierte Betreuung und Koordination unserer Arbeit.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Bayern ist seit jeher ein Standort, an dem Energie zuverlässig und kostengünstig produziert wird. Dieser Wettbewerbsvorteil war die Basis für unsere erfolgreiche Entwicklung in den letzten Jahrzehnten. Das muss auch in Zukunft so bleiben. Unsere Unternehmen sind auf eine zuverlässige Versorgung angewiesen. Die Industrie erwirtschaftet mehr als ein Viertel unserer Wertschöpfung und ist damit Garant für Wohlstand und niedrige Arbeitslosenquoten in Bayern. Das steht auf dem Spiel, wenn uns die Energiewende nicht gelingt. Unser Ziel muss es sein, dass auch während und nach der Energiewende in Bayern für die Bevölkerung, genauso wie für Industrie und Unternehmen verlässliche und bezahlbare Energie, Strom wie Wärme, zu jeder Zeit und an jedem Ort unterbrechungsfrei zur Verfügung steht.

Vor diesem Hintergrund hat die Energiekommission verschiedenste Handlungsempfehlungen erarbeitet. Eine der drängendsten und wichtigsten davon ist eine Reform des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes. Hier besteht akuter bundespolitischer Handlungsbedarf. Dabei ist unstrittig: Das EEG hat einen guten Dienst bei der Einführung der erneuerbaren Energien geleistet. Aber es ist ein Marktanzreizprogramm. Wir sind mittlerweile in einer Phase, in der die erneuerbaren Energien, gerade in Bayern mit einem Anteil von jetzt schon 34 %, einen derart hohen Anteil an der Stromversorgung einnehmen, dass sie mehr Versorgungsverantwortung übernehmen müssen. Europaweit nimmt Bayern bei der Versorgungssicherheit einen

Spitzenplatz ein. Damit das so bleibt, müssen neben dem weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien auch moderne, hoch flexible Gaskraftwerke gebaut werden. Im heutigen Strommarkt allerdings können diese Kraftwerke nicht wirtschaftlich betrieben werden. Die jetzige Konzeption des EEG muss durch ein Regelwerk abgelöst werden, das Anreize für flexible, effiziente und klimafreundliche neue Erzeugungskapazitäten schafft.

Für die Energiekommission bedeutet das: kein Eingriff in die Bestandsförderung, sondern eine Fortentwicklung des EEG, die auf der einen Seite Vertrauensschutz wahrt, auf der anderen Seite mit den bestehenden Herausforderungen auch effektiv umgeht. Wir brauchen einen technologieoffenen Mechanismus, der regionale Komponenten enthält und damit einen Anreiz für den Zubau neuer Kraftwerke, gerade auch in Bayern, schafft. Die Entscheidung über die Ausgestaltung dieser Investitionsanreize zum Bau neuer Kraftwerke muss sofort zu Beginn der nächsten Legislaturperiode erfolgen, damit angesichts der langen Bauzeiten rechtzeitig flexible und effiziente neue Kraftwerke errichtet werden können.

Der Netzausbau ist eine weitere energiepolitische Herausforderung. Bereits jetzt bestehen in Norddeutschland Erzeugungsüberschüsse. Gleichzeitig sind mit dem Abschalten weiterer Kernkraftwerke, zumindest zeitweise, Erzeugungsdefizite in Bayern zu erwarten. Das erfordert einen schnellen Ausbau der Übertragungsnetze. Dabei stellt sich die Frage, wie viel Energie künftig vor Ort in Bayern produziert werden soll oder wie viel zukünftig aus Norddeutschland importiert werden soll. Wenn Länder wie Schleswig-Holstein 300 % ihres eigenen Verbrauchs produzieren wollen, müssen sie sich fragen lassen, wie sie diesen Strom sinnvoll ins Netz und vor allem zuverlässig zum Verbraucher bringen wollen. Hier ist die Forderung der Energiekommission eindeutig: Die Konzepte der 16 Länder müssen unverzüglich in eine gemeinsame, nationale Ausbaustrategie zusammengeführt werden.

Beim Netzausbau hat die Thüringer Strombrücke höchste Priorität. Wenn das Kernkraftwerk Grafenrheinfeld Ende 2015 vom Netz geht, muss Bayern stärker in Richtung Ost- und Norddeutschland vernetzt werden. Hier erwarten wir, dass das Zieldatum 2015 beibehalten wird und die Bundesregierung die Umsetzung der Thüringer Strombrücke gemeinsam mit Bayern und Thüringen konsequent vorantreibt. Die drastisch gestiegene Zahl von Anlagen zur regenerativen Stromerzeugung führt auch zu einem immensen Ausbaubedarf im Bereich der regionalen Stromverteilnetze. Dieser Ausbau erfordert, dass die regionalen Netzbetreiber – oft sind das kleinere Stadtwerke – ihre Investitionen zeitnah refinanzieren können. Dabei

fordern wir ein Regulierungsmodell, das es den Netzbetreibern ermöglicht, ihre Investitionskosten rasch und unbürokratisch in ihre Abrechnung einzuarbeiten.

Neben dem Netzausbau ist es zwingend erforderlich, die Forschung und Entwicklung für Stromspeicher weiter zu intensivieren. Intensiv diskutiert haben wir über die Elektrochemie. Batterien könnten bei entsprechendem technischen Fortschritt viele der Schwierigkeiten abfedern, die sich aus den Leistungsschwankungen von Wind- und Sonnenkraft ergeben. Allerdings besteht noch ein erheblicher Forschungsbedarf. Daher fördert Bayern ein Forschungsprojekt an der TU München für Batteriespeichertechnologie bereits jetzt mit 30 Millionen Euro. Beim Thema Energieforschung ist Bayern aktuell Spitzenreiter unter den Bundesländern. Damit das so bleibt, werden wir in Bayern für die Energiewende in den Jahren 2012 bis 2016 eine Energiemilliarde und davon rund die Hälfte, also rund 500 Millionen Euro, für Forschung und Entwicklung bereitstellen. Damit wird einerseits sichergestellt, dass die nötigen Mittel für eine intelligente Energiewende vorhanden sind, und andererseits sorgen wir auf diese Weise dafür, dass Bayern auf diesem in der Zukunft immer wichtiger werdenden technologischen Bereich eine Spitzenstellung einnimmt. So schaffen wir die Grundlage für weitere Arbeitsplätze und wirtschaftliche Erfolge in der Energie- und Umwelttechnik. Diesen Punkt halten wir für ausgesprochen wichtig.

Insgesamt darf bei allen staatlichen Lenkungsmöglichkeiten nicht vergessen werden: Ein Jahrhundertprojekt wie die Energiewende kann nur gelingen, wenn es wirtschaftlich funktioniert. Bei aller Bedeutung von Umweltverträglichkeit und Versorgungssicherheit muss die Energie immer auch bezahlbar bleiben. Dieser Punkt wird bei aller Begeisterung für eine Welt ohne Atom und Kohle übersehen, wenn man die Bezahlbarkeit als Kampfbegriff verächtlich macht.

In den letzten zehn Jahren ist der Anteil am verfügbaren Einkommen, den ein deutscher Haushalt für Haushaltsenergie ausgibt, um über 40 % gestiegen und liegt heute durchschnittlich bei über 1.600 Euro pro Jahr. Das liegt nicht allein am Strompreis, da nur die Hälfte der Kosten für Haushaltsenergie auf den Elektrizitätsverbrauch entfällt. Es zeigt aber deutlich, dass ein umsichtiges Handeln im Sinne der Bürgerinnen und Bürger gefordert ist. Das schließt mit ein, dass wir für unsere Wirtschaft bezahlbare Energie bereitstellen und so Arbeitsplätze und Wohlstand im Freistaat sichern.

In nächster Zeit werden die unbequemen Wahrheiten wie höhere Kosten, Grenzen der technischen Machbarkeit und die gesellschaftliche Akzeptanz die Dis-

kussionen bestimmen. Wir müssen immer wieder Mittel und Wege suchen, um die Ausbauziele zu erreichen und gleichzeitig Menschen und Umwelt möglichst wenig zu belasten. Es gilt, technische Neuerungen, gesellschaftliche Entwicklungen und Veränderungsprozesse anzustoßen und miteinander zu verzahnen. Auch dazu wollte die Energiekommission einen Beitrag leisten.

Erlauben Sie mir noch eine persönliche Bemerkung. Diese Kommission wurde von uns gemeinsam eingesetzt, um die Energiewende in Bayern konstruktiv zu begleiten. Unsere Aufgabe als Volksvertreter ist es, bei den Bürgerinnen und Bürgern für die Maßnahmen zu werben, die eine Umstellung von nuklearen und fossilen auf erneuerbare Energieträger erfordert. Wie wichtig das ist, kann man auch an der Diskussion über die Abstände für Windräder gerade wieder sehen. Bei aller Kritik muss man hier akzeptieren, dass sich die Bürgerinnen und Bürger Sorgen wegen des Abstands der Windräder von ihren Häusern machen. Notwendig ist die Bereitschaft, mit den anderen zu sprechen und ihre Forderungen anzuhören. Das gilt im Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern genauso wie auf der politischen Ebene. Nur dann kann man sämtliche berechtigten Interessen unter einen Hut bringen und zu einer Lösung kommen, mit der am Schluss alle leben können.

Vor diesem Hintergrund hätte die Energiekommission eine wichtige Rolle spielen können, nicht im Sinne eines Machtapparates, sondern im Sinne eines Vermittlers. Wer ist denn besser geeignet, den Menschen nahezubringen, dass die Energiewende eben nicht ohne Opfer zu haben ist? Wer kann den Sorgen und Einwänden besser eine Stimme geben als eine überparteiliche Kommission? Daher war es tatsächlich ein gutes Zeichen, dass sich hier im Hohen Hause die Fraktionen an einen Tisch gesetzt haben, um die Energiewende zu begleiten. Die Botschaft war, dass wir den Erfolg dieses Jahrhundertprojektes nicht für einen parteipolitischen Vorteil opfern, sondern alle daran mitarbeiten wollten, zum Wohle unseres Landes und unserer Kinder.

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, es war das Ziel – das ist uns im ersten Jahr tatsächlich gelungen –, das parteipolitische Hickhack hinter uns zu lassen. Dank der Teilnahme renommierter Experten aus ganz Deutschland ist es uns gelungen, in weiten Teilen gemeinsame Linien für die Bewältigung der Herausforderungen der Zukunft zu zeichnen. Die Umstellung auf erneuerbare Energien ist ein viel zu komplexes Unterfangen, als dass es lediglich mit wenigen schnellen Strichen geplant werden könnte. Das wurde in den vielen Gesprächen mit den Experten

deutlich, zumindest für diejenigen, die es hören wollten.

Aber eines hätte diese Kommission noch erreichen können; das wäre im Interesse der Energiewende sehr wichtig gewesen. Ich meine ein Signal der Geschlossenheit unserer Volksvertretung in dieser Sache. Dieses Signal hat ein Teil der Kommissionsmitglieder angesichts des herannahenden Wahlkampfes verweigert. Wer allerdings den Menschen das Gefühl gibt, er könnte ihnen die Energiewende über Nacht oder zum Nulltarif verschaffen, aber gleichzeitig ein halbes Jahr nicht über die Sache sprechen will, um ja nicht entzaubert zu werden, der handelt unparlamentarisch.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Ludwig Wörner (SPD): Und das sagt ausgerechnet der Jurist!)

Die jüngste Entwicklung in dieser Sache ist daher in gewisser Weise tatsächlich atemberaubend. Da verweigert ein Teil der Kommissionsmitglieder über Monate hinweg die Teilnahme und das Gespräch mit den Kolleginnen und Kollegen und taucht am Ende mit der Forderung auf, man möge die im stillen Kämmerchen ausgetüftelte Übereinkunft der Opposition als Ergebnis der Kommission präsentieren. Damit hat die Kommission eines ihrer Ziele nicht erreicht, nämlich die Botschaft, dass die Energiewende zu wichtig ist, um dem Wahlkampf geopfert zu werden. Ich hoffe allerdings, dass unsere Bereitschaft, die Erklärung dieser Kolleginnen und Kollegen als Minderheitenvotum in den Schlussbericht aufzunehmen, wenigstens in Zukunft wieder zu einer besseren Gesprächsbereitschaft über dieses absolut zentrale Thema führt.

Zumindest kann man abschließend sagen: Selbst vor diesem Hintergrund hat die Kommission etwas vorzuweisen. Wir haben viele Handlungsempfehlungen für die Zukunft formuliert. Wir wissen, welche Herausforderungen uns erwarten, und auch, welche Chancen uns offenstehen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir befinden uns mitten im größten Infrastrukturprojekt der Nachkriegsgeschichte. Bayern hat die dazu nötigen Fähigkeiten und Ressourcen. Ich darf Sie daher bitten: Missbrauchen Sie dieses wichtige Vorhaben nicht zur Schärfung Ihres parteipolitischen Profils,

(Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

sondern nutzen Sie die Gelegenheit, um an der Gestaltung unseres Landes mitzuarbeiten.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Vielen Dank, Kollege Reiß, für diesen Bericht. Wir können die Aussprache eröffnen. Kollege Wörner hat sich für die SPD zu Wort gemeldet.

Ludwig Wörner (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Zunächst gilt auch unser Dank den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die über zwei Jahre hinweg mehr als das Übliche arbeiten mussten, um die Protokolle und die Berichte zu lesen und vieles mehr.

Inwiefern wir uns vom Standpunkt der Mehrheitsfraktion unterscheiden, will ich kurz skizzieren. Wer einen großen Teil des Berichtes dazu verwendet, um Probleme zu beschreiben, der suggeriert, alles sei furchtbar problematisch. Die Aussage, welche Chancen in der Energiewende stecken, kommt zu kurz.

Es wurden immerhin sechs Zielkonflikte entdeckt. Zielkonflikte! Allein die Wortwahl besagt: Ja, wir haben ein Problem. Richtig: Wir haben Probleme. Aber es ist die Frage, wie wir das sagen. Der Kollege Reiß hat eben von Gemeinsamkeit gesprochen. Gerne! Aber, Kollege Reiß, da möchte ich Sie doch auf Folgendes hinweisen: Wir waren uns einig - und das steht interessanterweise auch im Endbericht -: 800 Meter Abstand. So die Kommission! Aber was hat der Ministerpräsident daraus gemacht? Er hat den nach wie vor existierenden Konsens aufgekündigt. Daraus kann man doch uns keinen Vorwurf machen.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich darüber einige Worte verlieren. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist richtig, bis zum Zwischenbericht waren wir uns einig, dank einer ausgezeichneten Verhandlungsführung zwischen der Kollegin Stewens und mir, die wir den Zwischenbericht formuliert haben, nachdem Kollege Reiß leider erkrankt war. Wir haben es geschafft, etwas zu entwickeln, und dazu gab es auch einen Minderheitenbericht. Das war akzeptiert worden, weil wir entdeckt hatten, dass wir uns nicht in allen Punkten einig sind.

Allerdings hatten wir von Anfang an vereinbart, bis zum Zwischenbericht keine parlamentarischen Anträge einzubringen, dann aber gemeinsame Anträge im Bayerischen Landtag zu stellen, basierend auf dem Ergebnis des Zwischenberichts. Das ist dann auch geschehen. Wir haben die Anträge gemeinsam geschrieben, und siehe da: Sie waren im Bayerischen Landtag nicht zustimmungsfähig. Das heißt, liebe Kolleginnen und Kollegen von CSU und FDP, eure Fraktionen haben euch vorgeführt und euch im Stich gelassen.

Damit war die zentrale Zusage der Gemeinsamkeit gebrochen. Mit Leuten, die Vereinbarungen nicht einhalten, fällt jegliches Verhandeln schwer.

(Beifall bei der SPD)

Das ist verlorene Zeit. Daraufhin kam unser Vorschlag, diese Kommission aufzulösen. Sie wissen doch alle, dass sie im Grunde ein ungeliebtes Kind war. Wir wollten lieber einen Ausschuss; denn ich bin Parlamentarier und lasse mich ungern in meinem Recht beschneiden, Anträge zu stellen. Das haben wir ein Jahr lang hintangestellt.

(Zuruf von der SPD: Ja genau!)

Wir hätten, wie gesagt, gerne etwas gemeinsam getan, aber leider war es nicht möglich. Daraufhin haben wir gesagt, da brauchen wir gar nicht mehr teilzunehmen. Wir wollten die Auflösung der Kommission. Das wurde vom Hohen Haus verweigert. Das kann man machen. Aber dann war die Überraschung groß, als wir es Ihnen nicht durchgehen lassen wollten, am Ende einen einstimmigen Beschluss zu haben, zu dem die Opposition nichts mehr sagt. Wir haben sehr wohl mitgekriegt, was da im Einzelnen verhandelt wurde. Es gab Protokolle, von denen ich ausgehe, dass sie stimmen. Immerhin waren unsere Mitarbeiter manchmal anwesend. Wir haben dann unsere Meinung – ich gebe zu, innerhalb kurzer Zeit - zu Papier gebracht. Wir hatten den Bericht im Grunde erst sehr spät bekommen und haben daraufhin versucht, unseren Standpunkt einzubringen.

Was dann passiert ist, war, mit Verlaub, eine parlamentarische demokratische Posse. Da wird mit einem Antrag zur Geschäftsordnung, der rechtswidrig war, von einem Geschäftsführer, der das eigentlich wissen müsste, das sofortige Ende der Debatte herbeigeführt.

(Zuruf des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Dieser Geschäftsführer lässt sich vor den Karren der CSU spannen, damit sie selbst nicht als die Bösen erscheinen. Das verstehen Sie vielleicht später, wenn Sie einmal darüber nachdenken, Herr Kollege.

(Tobias Thalhammer (FDP): Das Skandalöse war Ihr Boykott, nichts anderes!)

Ich sagte dann: Gut, dann brauchen wir überhaupt nicht mehr darüber zu reden und das Thema ist damit zu Ende. Das war etwas süffisant gemeint, wird heute aber anders ausgelegt. Nachdem wir zu Recht den Ältestenrat angerufen hatten, mussten Sie zurückrudern. Das ist alles völlig in Ordnung. Dass es dann

heute Morgen doch noch geklappt hat, war für mich der Ausblick: Demokratie und Parlamentarismus scheinen noch zu funktionieren, wenn es hart auf hart geht. Sie funktionieren noch; das sage ich ausdrücklich. Deswegen haben wir dann unseren Bericht noch mit eingebracht. Da allerdings unterscheiden wir uns heute von Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Im Jahre 2012 war das Pumpspeicherkataster zugesagt worden. Das braucht es angeblich nicht mehr. Lieber lassen wir alle anderen draußen "marodieren" und ein jeder sagt, wo er gerade etwas haben will. Das trägt zur Verunsicherung der gesamten Bevölkerung bei. Sie selbst halten sich nobel heraus, anstatt bestehende Möglichkeiten zu nutzen, zum Beispiel das Leeren bestehender Speicher, die verlandet sind. Auch ist zu prüfen, welches Potenzial das Walchenseekraftwerk bietet; man braucht nicht nebenan noch ein technisches Machwerk in die Landschaft zu setzen. Wir hatten erwartet, dass insoweit etwas passiert. Es war übrigens zugesagt worden, das Pumpspeicherkataster bis Ende 2012 vorzulegen. Die Gebietskulisse Wasserkraft sollte bis Ende 2012 erstellt werden. Nichts ist geschehen. Die Erstellung eines Bayerischen Wasserkrafterlasses war ebenfalls zugesagt worden – gescheitert.

Bei der Erstellung einer Stromverteilnetzstudie für Bayern wird es dann ganz fatal. Sie reden immer nur über die Spange. Es ist unstrittig, dass wir sie brauchen; das ist fast durch. Über die Südspange – Südtirol, Tirol, Schweiz – reden Sie vorsichtshalber nicht, obwohl das für uns viel spannender wäre. Davon hören wir nichts mehr, obwohl wir mehrmals entsprechende Anträge eingebracht haben.

Ein Weiteres kommt hinzu: Kollege Reiß sprach gerade über den Im- und Export von Strom innerhalb Deutschlands. Mit dieser Formulierung habe ich meine Schwierigkeiten. Es wird ein Stromnetz Deutschland und sogar ein Stromnetz Europa geben; denn nur so funktioniert das Ganze. Man kann doch nicht über Im- und Exporte innerhalb Deutschlands reden; wir werden vielmehr Strom sowohl abgeben als auch beziehen. Das ist in diesem Geschäft schon heute üblich. Wir verdienen auch eine Menge Geld damit, dass wir Strom exportieren. Genauer formuliert: Nicht wir – leider –, sondern einige Leute verdienen damit eine Menge Geld.

Ich komme zu einem zentralen Punkt: Wir feiern – zu Recht – das EEG und das Erreichen einer Quote von fast 34 %. Manch einer vergisst jedoch hinzuzufügen, dass die Wasserkraft den Löwenanteil ausmacht. Die Wasserkraft ist aber nicht im Rahmen des EEG entwickelt worden, sondern war längst vorhanden. Auf der Grundlage des EEG wäre aber ein stärkerer Ausbau

möglich, wenn Sie nicht genau an dieser Stelle versagt hätten. Sie werden einwenden, das seien Nickligkeiten. Fakt ist: Wir haben die Förderung von Fischaufstiegstreppen für private Unternehmer, nicht für staatliche oder teilstaatliche Unternehmen, gefordert. Dieser Vorschlag wurde von Ihnen abgelehnt.

Wir wollen eine bedarfsgerechte Stromeinspeisung von Kleinbiogasanlagen erreichen. In diesem Zusammenhang verweise ich auf den "Bayernplan", der von einem Ministerpräsidenten groß angekündigt worden war. Wo ist der Bayernplan heute? Ist zumindest mit der Umsetzung begonnen worden? Nichts ist geschehen!

Diese Schwächen kritisieren wir. Deswegen unterscheiden wir uns von der in dem Mehrheitsbericht dargelegten Auffassung. Wir haben schon Anträge gestellt, und es kommen noch einige hinzu. Wir sind gespannt, wie Sie sich dazu verhalten. Dabei greifen wir im Grunde nur Ergebnisse der Arbeit der Kommission auf.

Wir wollen kein CCS – Carbon Dioxide Capture and Storage. Zu dieser Frage verhalten Sie sich wie Wackelpudding. Sie sagen: Forschen – ja. Sie wissen aber genau, welche Konsequenzen sich daraus ergeben.

Wir wollen kein Fracking. Dieser Forderung schließen Sie sich an. Sie lassen es aber zu, dass in Berlin anders darüber diskutiert wird.

Was das EEG angeht, stelle ich fest: Es ist ein Erfolgsrezept. Wir sollten das EEG in seinen Grundzügen beibehalten und keinen Systemwechsel herbeireden, wie das zumindest die FDP will.

(Beifall bei der SPD)

Das EEG hat sich in seinen Grundzügen bewährt. Wir sind sicher, dass es, nachdem es modifiziert worden ist, sehr wohl passt. Die Engländer und die Spanier kehren reumütig zurück zu einem System, das wir haben. Jetzt sollen wir dieses System verlassen? Sie müssen uns allen einmal erklären, warum wir das tun sollten. Wir meinen, dass das nicht notwendig ist.

Mit dem EEG sind wir auf dem richtigen Weg. Ich spreche mich jedoch ausdrücklich dafür aus, eine Problematik anzugehen: Wenn regenerative Energien in großen Mengen vorhanden sind und auf den Strommarkt gelangen, sinken die Preise, aber die EEG-Umlage steigt. Da muss nachgearbeitet werden. Dazu sind wir gern bereit.

Wir wollen die Elektrochemie stärker fördern, als Sie das vorhaben. In diesem Bereich liegt die Zukunft.

Wenn 40 % der Gesamtenergie beim Heizen verbraucht werden, brauchen wir – zunächst in Bayern, aber wir können auch gern auf Bundesebene darüber reden – ein umfassenderes Programm zur energetischen Sanierung kommunaler Gebäude, da wir insofern ein erhebliches Defizit aufweisen.

Schließlich fordern wir noch einmal ein Förderprogramm zur Erprobung und Optimierung fischverträglicherer Kleinwasserkraftanlagen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Kollege Wörner. – In der Aussprache hat Herr Blume für die CSU um das Wort gebeten. Bitte schön.

Markus Blume (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir kommen heute zum Schlusspunkt der Arbeit der Kommission zur parlamentarischen Begleitung der Energiewende, die in weiten Teilen mühselig war. Diese Aussage möchte ich durchaus als Kompliment an uns alle verstanden wissen, die Opposition inklusive. Es war schwierig, sich mit all den Detailfragen auseinanderzusetzen, die ein Mammutprojekt wie die Energiewende mit sich bringt.

Es hat übrigens gut getan, einmal zu sehen, dass jeder, der bei diesem Thema mit einfachen Lösungen operiert, auf der falschen Fährte ist; denn es gibt diese einfachen Lösungen nicht. Deswegen lag es in unser aller Interesse – Kollege Reiß hat es schon gesagt –, dass wir 60 Expertinnen und Experten zu allen Themenfeldern gehört haben.

Bis zur Vorlage des Zwischenberichts hat die Kommission insgesamt gute Arbeit geleistet, weil zwischen den Fraktionen ein breiter Konsens bestand. Herr Kollege Wörner, ich kann mich gut daran erinnern, wie wir in den Sommerwochen um den Zwischenbericht gerungen haben. Das war mühsam, aber wir führten sehr gute Debatten, die von dem gemeinsamen Ziel getragen waren, die Arbeit der Energiekommission zum Erfolg zu führen.

Für diesen Abschnitt der Kommissionsarbeit sage ich allen Beteiligten ausdrücklich Dank – nicht nur denjenigen, denen heute schon gedankt wurde, sondern auch und insbesondere unseren beiden Vorsitzenden, dem Kollegen Tobias Reiß und Ihnen, Herr Kollege Wörner. Ihre Leitungsarbeit in dieser Phase war sehr wertvoll. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Was allerdings danach passierte, kann ich nur unter der Rubrik "parteitaktische Spielchen" verbuchen. Ich verstehe durchaus, dass Sie die erste Abbiegemöglichkeit gesucht haben. Sie haben nämlich die Energiekommission nicht etwa verlassen, nachdem Sie Schaufensteranträge gestellt hatten, die aus der Hüfte formuliert waren, sondern just zu dem Zeitpunkt, als in der Energiekommission die wirklich knackigen Fragen zur Beratung anstanden.

Ein wichtiges Thema waren die Zielkonflikte. Dort reicht es nicht, über Probleme zu reden, sondern dort muss man um Lösungen ringen. Als es darum ging, haben Sie sich vom Acker gemacht. Ich verstehe, dass dieser Hinweis für Sie unangenehm ist. Ich freue mich übrigens schon auf den Beitrag des Kollegen Hartmann. Einige meinen wohl: Warum soll ich mir meine Meinung kaputt machen lassen von Fakten, die ich dort präsentiert bekommen habe? Es formuliert sich doch viel besser ein eigener Abschlussbericht, zu dessen Erstellung man völlig faktenfrei ans Werk geht und den man auf der Zielgeraden vorlegt. Ich sage Ihnen: So geht das nicht!

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die Energiekommission war aber auch ohne Sie höchst erfolgreich – vielleicht auch gerade deshalb. Wir haben es geschafft, bestimmte Eckpunkte sehr klar zu formulieren, insbesondere was die weitere Entwicklung des regulatorischen Rahmens angeht. Das werden Sie in keiner anderen Beschlusslage finden.

In Ergänzung zu dem Vortrag des Kollegen Reiß möchte ich in der heutigen Debatte fünf Punkte markieren:

Schon beim ersten Punkt weiß ich, dass Ihnen das nicht gefallen wird. Es schmerzt, weil es die Wahrheit ist. – Die Energiewende in Bayern ist eine Erfolgsgeschichte. Sie hat nicht, wie Sie glauben machen wollen, erst vor zwei Jahren nach Fukushima angefangen, sondern Bayern hatte schon einen Vorlauf von einem Jahrzehnt. Der Zubau in Bayern ist eine Erfolgsgeschichte. Im Jahr 2012 lag der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung bereits bei 33 %. Das Ziel, bis zum Jahr 2021 50 % zu erreichen, ist tatsächlich nicht unrealistisch.

Auch die Weiterentwicklung des regulatorischen Rahmens in Bayern ist eine Erfolgsgeschichte. Man kann sich mehr wünschen, aber nicht alles klappt, Herr Kollege Wörner. Unser Windkrafteffizienzgesetz war beispielhaft für andere Entwicklungen im Land. Das ist uns – zu Ihrer Überraschung – von mehreren Experten bestätigt worden. Vom DIW, also von unabhängiger Seite, ist uns Ende des vergangenen Jahres bescheinigt

worden, dass Bayern, was die Energiewende angeht, mit am besten in der Spur ist. Ich darf kurz zitieren:

Die Anstrengungen zur Nutzung erneuerbaren Energien sind in Bayern am höchsten. Im Hinblick auf die Nutzung erneuerbarer Energien sind die Zufriedenheit der Bevölkerung mit der Landes- und der Kommunalpolitik und die Bewertung der Verbände hier besonders hoch. Auch bei der Hemmnisvermeidung gehört Bayern zu den führenden Ländern. Bayern kann von allen Bundesländern die größten Erfolge bei der Nutzung erneuerbarer Energien aufweisen.

Das hat nicht irgendjemand gesagt; das ist nachzulesen in einer Studie des DIW, das nicht im Verdacht steht, Bayern besonders nahe zu stehen. Das ist die Wahrheit; dass diese für Sie manchmal schwer erträglich ist, kann ich gut verstehen. Die Energiewende stellt uns aber auch – und das ist mein zweiter Punkt – vor gewaltige Herausforderungen. Ich kann es Ihnen nicht ersparen, hier über das Zieldreieck zu sprechen, das Zieldreieck aus Versorgungssicherheit, Klimaschutz und Bezahlbarkeit. Beim Klimaschutz sind wir uns im Wesentlichen darüber einig, dass dieses Ziel im Gefolge der Energiewende keinesfalls geopfert werden darf und dass die Zielsetzung nach wie vor heißt, nuklear und fossil auszusteigen.

Aber beim Thema Bezahlbarkeit gehen die Meinungen gewaltig auseinander. Zur Bezahlbarkeit formulieren Sie in Ihrem Vorschlag für den Schlussbericht, sie sei ein Kampfbegriff. Also, Herr Kollege Wörner, ich bin sehr überrascht, dass Sie, obwohl Sie gern auch die soziale Fahne hochhalten, die Bezahlbarkeit der Energiewende völlig negieren und es zulassen, dass der Kollege Hartmann in Ihren Bericht hineinschreibt, dass das ein Kampfbegriff ist. Ich freue mich darauf, wie Sie das Ihren Wählerinnen und Wählern erklären. Vielleicht haben Sie es auch nur abgenickt, weil Sie nicht mehr für den Landtag kandidieren werden. Zu sagen, die Bezahlbarkeit spiele keine Rolle, ist eine Verkennung dessen, was uns vor die größte Herausforderung in diesem Bereich stellt. Bei der Bezahlbarkeit geht es nicht nur um die soziale Dimension, sondern es geht auch um die Frage der Wettbewerbsfähigkeit. Wenn Sie in den letzten Sitzungen da gewesen wären, hätten Sie von der Industrie gehört, dass die Bedingungen in Deutschland heute selbstverständlich so anspruchsvoll sind, dass es extrem schwierig geworden ist, hier produzierendes Gewerbe zu halten. Das ist kein leeres Gerede. Wenn Sie sich die Nettoneuinvestitionen beispielsweise in der chemischen Industrie anschauen, stellen Sie fest, dass diese seit Jahren negativ sind. Was heißt "seit Jahren negativ"? Es wird weniger neu investiert

als abgeschrieben. Das heißt, dass wir Gefahr laufen, industrielle Substanz zu verlieren.

Auch das Thema Versorgungssicherheit lassen Sie in Ihrem Abschlussbericht völlig unterbelichtet. Da schreiben Sie doch tatsächlich, die Versorgung sei im Grunde nur in 21 Stunden im Jahr gefährdet, wo es dann wirklich knapp ist. Wenn Sie aktuell in den Bericht von Tennet schauen, sehen Sie, dass allein zwischen dem 21. Juni und gestern jeden Tag zwischen einem und sieben Eingriffen erforderlich waren, weil die Versorgung eben nicht gewährleistet war. An jedem Tag wurde in mindestens zehneinhalb Stunden eingegriffen, und in der Spitze mit 2.500 Megawatt – das ist schon deutlich mehr, als ein großes Kernkraftwerk erzeugt. Das einfach wegzudiskutieren und zu sagen, es gebe hier kein Problem, und wenn es eines gibt, dann nur in 21 Stunden im Jahr, und das werden wir auch irgendwie schaffen, heißt auch, den Menschen Sand in die Augen streuen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Die übrigen Zielkonflikte in der Weise kleinzureden, wie Sie das heute getan haben, und zu sagen, mein Gott, im Grunde ist das nur eine Frage des politischen Willens, auch das ist fahrlässig. Ich darf nur darauf hinweisen, dass es in jedem Sektor – und das ist Ihnen eigentlich bekannt – Zielkonflikte gibt. Das gilt auch für die Windkraft, wobei übrigens der Landesbund für Vogelschutz die Abstandsregelung, die Sie als völlig abwegig hinstellen, als mustergültig bezeichnet.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

Natürlich lässt sich der Landesbund für Vogelschutz von anderen Überlegungen leiten.

Bei der Wasserkraft gibt es selbstverständlich massive Vorbehalte des Naturschutzes und der Fischerei, was dazu geführt hat, dass auch das Durchbringen des Wasserkrafterlasses ein deutlich schwierigeres Unterfangen wurde, als man zunächst vermutet hat, eben weil es nicht gelungen ist, die Zielkonflikte aufzulösen.

Ich komme deswegen zum dritten Punkt: Die Energiewende ist kein Selbstläufer. Wir müssen es schaffen, dass sie steuerbar und auch volkswirtschaftlich verantwortbar wird. Wir können nicht so weitermachen wie bisher. Sie haben es zum Teil selbst beschrieben. Sie haben auch gesagt, dass Sie den Handlungsbedarf sehen. Wir haben immer mehr erneuerbare Leistungen installiert. An Tagen wie dem heutigen reichen diese wahrscheinlich aus, um den kompletten Strombedarf in Bayern zu decken und noch mehr. Aber

gleichzeitig schaffen wir es nicht, die Ersatzkapazitäten im Markt zu halten oder neue in den Markt zu bringen. Aus diesem Grund brauchen wir auch einen großen Reformansatz, den wir formulieren. Bei Ihnen lese ich nur: Weiter so! – Ja, man muss etwas am EEG ändern, aber es kommt kein Vorschlag, kein Entwurf, keine Idee, in welche Richtung es gehen soll.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

Überhaupt, Kollege Wörner, wenn man sich Ihren Ausblick am Ende anschaut, stellt man fest, dass Sie von Studien, von Konzepten, von Förderprogrammen reden. Zu glauben, dass man mit ein paar Fischtreppen die Energiewende als großes Gesamtwerk voranbringt, ist wirklich lächerlich. Dazu braucht man einen Politikentwurf aus einem Guss und nicht eine einzelne Fischtreppe im Förderprogramm. Damit streuen Sie den Menschen Sand in die Augen und wollen ihnen weismachen, dass das alles ein Spaziergang sei.

Die Energiekommission hat mehrere Eckpunkte für den Fahrplan zur Energiewende formuliert. Wir brauchen Sofortmaßnahmen. Das betrifft die Senkung der Stromsteuer und auch die Kappung der EEG-Umlage in ihrer Höhe, jedenfalls eine Wälzung auf eine längere Periode. Erforderlich ist der Einstieg in einen deutlich marktnäheren Ansatz zur Förderung der erneuerbaren Energien, aber insbesondere auch zur Sicherung ausreichender Leistungen in der Zukunft.

Ich komme zum Schluss. Die Energiewende muss gelingen. Darüber sind wir uns, glaube ich, in diesem Haus einig. Bayerns Energieversorgung ist für die wirtschaftliche Prosperität von größter Bedeutung. Aber wir würden einen gewaltigen Fehler machen, wenn wir die Dinge weiterhin ungesteuert laufen ließen. Deswegen haben wir uns der Mühsal der Energiekommission unterzogen und versucht, einen Weg aufzuzeigen. Wir hoffen, dass sich die Opposition zumindest nach der Wahl, lieber Kollege Wörner, auch wieder auf die Sacharbeit konzentrieren kann. Wir sagen jedenfalls Ja zur Energiewende, aber zu einer, die gelingt und am Ende auch verantwortlich ist.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Kollege Blume. Für die FREIEN WÄHLER bitte ich Herrn Glauber zu uns ans Mikrofon.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste hier im Haus! Als der Ministerpräsident im Juni 2011 eine Regierungserklärung mit dem Tenor "Fukushima verändert alles!" abgab und ich dazu für meine Fraktion sprechen durfte, glaubte ich, dass wir uns wirklich auf den Weg der Energiewende machen. Ich habe über

diese zwei Jahre hinweg und auch schon davor gesagt, dass eine Energiewende in Bayern, eine Energiewende in Deutschland das Gesicht des Landes und auch das Gesicht Bayerns verändern wird.

Ein ehrlicher Politiker, der draußen glaubhaft sein möchte, muss den Bürgern nach der hier getroffenen Entscheidung zum Ausstieg auch sagen, dass das Schmerz bereitet. Dieser Schmerz wird mit diesen Veränderungen in Form optischer Beeinträchtigungen verbunden sein. Ob das Hochspannungsübertragungsleitungen, Windräder, PV-Anlagen, Biogasanlagen oder Wasserspeicher sind – es wird natürlich eine Veränderung geben. Diese Veränderung muss eintreten, wenn wir den atomaren Strom ersetzen wollen. Ich hatte den Eindruck, dass wir uns in diesem Hause einig waren, dass wir das wollen. Ich bin mir nicht mehr sicher, dass wir das immer noch in der gleichen Intention wollen.

(Zuruf des Abgeordneten Albert Füracker (CSU))

- Nein, nein. Wir haben Ihnen Ideen vorgegeben. Sie haben aber aus politischen Gründen, von Bund und Land getrieben, hier nicht mehr handeln können. Das ist Ihr Problem. Sie haben einen Minister Altmeier, der nur noch im Stillstand verharrt.

(Tobias Thalhammer (FDP): Sie haben durch Abwesenheit gegläntzt!)

Sie kommen einfach nicht mehr vorwärts. Sie reden über Deckel. Sie wissen nicht mehr, wie Sie draußen die Wahlen gewinnen sollen. Dann kommen solche Themen zutage. Dann wird plötzlich in Bayern eine Energiekommission zur Farce gemacht, die mit sehr guten Ideen vorgearbeitet hat. Es war hier immer die Rede davon, dass wir für Bayern einen Masterplan brauchen, und es war davon die Rede, dass wir in dem Lenkungsausschuss kommunalen Sachverstand brauchen. Das haben Sie nicht gewollt. Wir haben Ihnen vorgeschlagen, mit den kommunalen Vertretern, mit den Stadtwerken zu sprechen. Das wollten Sie nicht in dem Maße, wie wir das wollten.

(Zuruf des Abgeordneten Albert Füracker (CSU))

Das zeigt doch letztlich, dass wir nicht in dem Tempo vorankommen können, in dem wir vorankommen müssen. Wenn Kollege Blume hier davon spricht, dass die Opposition die Energiewende aufgegeben und die Kommission verlassen habe, sage ich: Ja, wir haben sie verlassen, nachdem Sie unseren sachlichen Einwand nicht mittragen wollten. Wenn wir sehr gute Anträge stellen, muss auch der Bürger draußen wissen, dass wir hier vorangegangen sind und dass Sie das Placebo Energiekommission benutzen, um

letztlich Stillstand herzustellen und die Energiewende eben nicht nach vorn zu bringen.

(Zuruf des Abgeordneten Albert Füracker (CSU))

Lassen Sie mich einiges aus dem Bericht der Kommission sagen. Wo sagen Sie denn etwas zum Wälzungsmechanismus? Keine Aussage! Sie möchten letztlich, dass das EEG beschnitten wird. Nein, das EEG muss eben nicht beschnitten werden, sondern wir müssen die zehnpromzentigen Renditen schneller absenken. Das ist richtig. Aber wir brauchen beim Wälzungsmechanismus auch die Weitergabe des Energiepreises an die Bürgerinnen und Bürger.

(Zuruf des Abgeordneten Albert Füracker (CSU))

- Herr Füracker, beruhigen Sie sich doch einmal ein bisschen! Ja, das ist halt so. Sie können das halt nicht hören. Das tut weh, ich weiß.

(Tobias Thalhammer (FDP): Sie haben es auch nicht gehört, weil Sie gar nicht da waren! - Zuruf des Abgeordneten Albert Füracker (CSU))

Sie möchten die Stromsteuer senken. Die Stromsteuer zu senken ist nicht der richtige Ansatz, weil Sie damit letztlich alle Kraftwerke weiterlaufen lassen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sprechen in Ihrem Bericht – das sollen die Bürger draußen hören – von einem umfassenden Kapazitätsmarkt. Die Bürger müssen wissen, was ein umfassender Kapazitätsmarkt bedeutet. Das bedeutet, dass Sie stark CO₂-emittierende, abgeschriebene Kraftwerke beibehalten wollen. Das müssen die Bürgerinnen und Bürger draußen wissen.

Sie hätten schreiben können, dass Sie für einen fokussierten Kapazitätsmarkt sind. Wissen Sie, was ein fokussierter Kapazitätsmarkt ist? Ein solcher Markt lässt genau diese alten Kraftwerke drei, vier oder fünf Jahre nach Vergabe der Zertifikate am Netz. Wir können dann für diese steilen Flanken der erneuerbaren Energien mit Gaskraftwerken schnell und mit hoher Leistung über 15 und 20 Jahre hinweg die entsprechenden Antworten finden. Sie schreiben jedoch hinein, dass Sie den großen bestehenden Energieversorgern ihre Pfründe sichern wollen. Sie wollen nicht, dass die Kreativität, die durch die erneuerbaren Energien einfließen könnte, gewürdigt wird.

Wir haben zum Beispiel Anträge zur Gebäudesanierung gestellt. Da sind Sie nicht mitgegangen. Wir haben 40 Millionen Euro für Gebäudesanierung gefordert. Wo waren Sie bei der Wasserkraft? Sie sind nicht mitgegangen. Wo waren Sie, als es um einen Wasserkrafterlass gegangen ist?

(Albert Füracker (CSU): Wo waren Sie das letzte Dreivierteljahr?)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Einen Moment bitte. Es ist in Ordnung, wenn ab und zu ein Zwischenruf gemacht wird. Ich bitte aber, permanente Zwischenrufe bleiben zu lassen. Wir haben über dieses Thema im Ältestenrat ausführlich gesprochen. Wir befinden uns jetzt in der Aussprache zum Bericht der Energiekommission. Bitte, Herr Glauber.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Wo waren Sie bei der Kraft-Wärme-Kopplung? Wo ist die Gebietskulisse "Wasserkraft", die Sie so lange versprochen haben? Wenn Sie das nicht liefern, wird aus diesem Masterplan, dem Energieleitplan, nie etwas werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit bekommen Sie diese Energiewende nicht hin. Sie müssen akzeptieren, dass wir FREIEN WÄHLER am Ende das Placebo nicht mehr hinnehmen wollten. Wir wollen mit den Vorschlägen, von denen ich gerade eine ganze Menge genannt habe, für Bayern einen Schritt nach vorne kommen. Sie wollen einen anderen Weg gehen. Sie wollen momentan den Stillstand.

Ich möchte noch eines sagen: Sie haben in den Kommissionsbericht einen Mindestabstand von 800 Metern geschrieben. Heute läuft über den Ticker, dass zehnfache Höhen als Mindestabstand vorgesehen sind. Zu § 35: In der letzten Woche stand ich hier und habe versucht, dem Umweltminister und dem Wirtschaftsminister zu sagen, dass wir den § 35 ändern müssen, dann würden wir es hinbekommen. Dafür wurde ich belächelt. Heute steht in Ihrer Pressemitteilung, dass § 35 geändert werden muss. So geht das in jeder Woche: Wir müssen Ihnen eine Woche vorher sagen, was Sie in der nächsten Woche tun sollen. Dann tun Sie es.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Tobias Thalhammer (FDP): Sie werfen der CSU Arroganz vor und machen es genauso!)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Kollege, bleiben Sie bitte am Pult. Mir liegt der Wunsch nach einer Intervention von Herrn Kollegen Wörner vor.

Ludwig Wörner (SPD): Könnten Sie der CSU vermitteln, dass CSU und FDP durch ihre Änderung des EEG zum 1. Januar selbst den angeblichen Kampfbegriff "Strompreis" kreiert haben, indem sie bisher weit über 2.000 Unternehmen von diesen Abgaben und den Durchleitungsgebühren freigestellt haben? Sie haben die Preise in die Höhe getrieben und haben sich dann zum Sprecher der vier großen Konzerne gemacht, um damit die Laufzeitverlängerung zu finanzieren. Die Laufzeitverlängerung muss kommen,

damit diese Herrschaften das Geld, das sie irgendwo anders verbaut haben, für den Rückbau der Kernkraftwerke wieder zusammenkriegeln.

(Tobias Thalhammer (FDP): Die wurden befreit, weil die Energiekosten gestiegen sind!)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Bitte, Herr Glauber.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Wörner, die Frage beantworte ich sehr gerne. Da im Bund beschlossen wurde, dass der Kuchen kleiner gemacht wird und die Schultern der Privatleute stärker belastet werden, hat die Regierungskoalition in Bayern die Bürgerinnen und Bürger stärker belastet. Allen Bürgern muss gesagt werden, dass Sie letztendlich die Preistreiber im EEG waren.

(Tobias Thalhammer (FDP): Sie sind industrie-feindlich!)

Und jetzt schlägt es dem Fass den Boden aus: Wir haben im Moment viermal mehr Exportstrom als im Jahr 2011. Dem Kernkraftwerk Gundremmingen wurden jetzt weitere 90 Millionen Euro Gewinn gewährt. Sagen Sie mir einmal, wohin dieser Gewinn fließen wird. Der wird genauso sozialisiert wie diese Preistreiber im EEG.

(Tobias Thalhammer (FDP): Man merkt, dass Sie nicht in der Energiekommission waren!)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Glauber, bleiben Sie bitte. Ich sehe, dieser Bericht setzt sehr viel Energie frei. Als Nächster hat sich Herr Kollege Füracker zu einer Intervention gemeldet.

Albert Füracker (CSU): Frau Präsidentin, meine Kolleginnen und Kollegen! Ich muss Herrn Glauber fragen, wie er sich vor den Bürgern rechtfertigt. Er hat sich als ihr Abgeordneter im Landtag im Auftrag einer Fraktion als Mitglied in einer Kommission eintragen lassen und hat dann ein Dreivierteljahr an den Sitzungen dieser Kommission nicht mehr teilgenommen mit der Begründung: Was dort beschlossen und diskutiert wird, interessiert uns nicht. Was dort beschlossen und diskutiert wird, ist nicht unsere Meinung. Weil es nicht unsere Meinung ist, gehen wir da nicht mehr hin.

(Tobias Thalhammer (FDP): Vorher war er auch nicht da!)

Ich sage eindeutig: Wer sich als Abgeordneter in einer Kommission betätigt, dann ein Dreivierteljahr Arbeitsverweigerung betreibt und anschließend hier darüber reden möchte, was in dieser Kommission alles besprochen wurde, hat jegliche Glaubwürdigkeit verlo-

ren. Sie erregen sich über andere, die Arbeit geleistet haben. Sie, Herr Glauber, haben keine Arbeit geleistet, möchten aber der bayerischen Bevölkerung sagen, was Sie alles gesagt hätten. Sie haben jedes Recht verloren, gescheit über ein Thema dahertzureden, dem Sie sich ein Dreivierteljahr lang verweigert haben. Wer sich der Arbeit als Abgeordneter verweigert, soll sein Mandat niederlegen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Bitte, Herr Glauber.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Lieber Kollege Füracker, für die Moral in diesem Hause sind sicher die CSU und Sie verantwortlich. Daher brauche ich mich um die Moral nicht scheren. Ich gelte in meiner Region als fleißiger Abgeordneter. Ich bin bei meinen Bürgerinnen und Bürgern und höre ihnen zu. Ich erzähle hier nichts anderes als das, was ich meinen Bürgerinnen und Bürgern draußen sage. Ich habe draußen auch noch nicht anders entschieden als hier. Das tun aber viele von Ihnen. Deshalb brauchen Sie mir nicht vorzuhalten, welche Aufgaben ich habe.

(Tobias Thalhammer (FDP): Bayern hat auf Sie gewartet!)

Wir haben gesagt: Diese Kommission ist ein Placebo. Wir haben vier oder sechs Anträge gestellt, bei denen Sie nicht mitgehen wollten, obwohl sie von Ihnen im Zwischenbericht mitbeschlossen wurden. Warum sollen wir uns in eine Kommission setzen, wenn Sie nur unsere Zeit verschwenden wollen?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Glauber, bleiben Sie bitte. Zu einer weiteren Intervention hat sich Freiherr von Gumpenberg gemeldet.

Dietrich Freiherr von Gumpenberg (FDP): Herr Kollege Glauber, wie setzt sich denn der Strompreis, den Sie so heftig kritisieren, zusammen, und wie ist er entstanden? Wie ist die Entwicklung des Strompreises?

(Christa Steiger (SPD): Wissen Sie das als wirtschaftspolitischer Sprecher nicht?)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Bitte, Herr Glauber.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Lieber Herr Kollege Freiherr von Gumpenberg, die Stromsteuer, die Sie abschaffen wollen, macht genau 2,1 Cent des heutigen Strompreises aus. Diese 2,1 Cent sind heute

zu 90 % in der Rentenversicherung verankert. Wenn Sie die Stromsteuer abschaffen wollen, lautet die Frage, wie Sie die Rentenversicherung bezahlen wollen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN hat nunmehr Herr Kollege Hartmann das Wort. Danach folgt Herr Kollege Thalhammer.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Blume hat gerade von interessanten Fachanhörungen gesprochen. Diese Anhörungen mögen durchaus interessant gewesen sein. Es wurde auch viel Richtiges gesagt. Eines hat er aber leider bis heute nicht gelernt: Die Anzahl der Netzeingriffe ist kein Indikator für die Versorgungssicherheit. Wenn Wind und Sonne in Zukunft einen stärkeren Anteil an der Versorgung haben werden, werden die schwankenden Energien öfter durch flexible regelbare Energien ausgeglichen. Das ist selbstverständlich. Die Anzahl der Netzeingriffe ist daher keine Messlatte die Versorgungssicherheit. Sie werden zunehmen. Entscheidend ist, dass beim Eingriff in die Netze jederzeit die Kapazität zur Verfügung steht. Das ist Versorgungssicherheit und nicht die Anzahl der Netzeingriffe in der letzten Zeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte noch auf einen weiteren Bereich zurückkommen. Herr Kollege Blume hat aufgezählt, was die Oppositionsparteien in den Zwischenbericht geschrieben haben. Ihren Ausführungen konnte man entnehmen, dass Sie nur die letzte Seite gelesen haben. Sie haben aufgezählt, was der Freistaat Bayern machen kann. Das war unser Anliegen. Wir wollten am Schluss sagen, wo der Freistaat Bayern handeln kann. Man muss nicht immer nach Berlin und Brüssel zeigen und sagen: Wir sind dafür nicht verantwortlich. Das zieht sich durch die Beratung in der Energiekommission.

Herr Kollege Wörner hat bereits zwei Punkte genannt. Ich möchte noch einmal zurückblicken. Die Wortprotokolle, die seit dem Zwischenbericht vorliegen, zeigen deutlich, dass die Mitglieder der Regierungskoalition alles darangesetzt haben, in den Abschlussbericht der Energiekommission bloß nichts hineinzuschreiben, wo der Freistaat Bayern noch etwas tun muss. Das zieht sich komplett so durch.

Außerdem hat man gemerkt, dass das Zusammenspiel zwischen Tobias Thalhammer und Tobias Reiß in einer der letzten Sitzungen ein gewaltiger Tiefpunkt im Hinblick darauf war, wie in einer Kommissionssit-

zung mit der Meinung der Opposition umgegangen wird. Es war echt erstaunlich, dass dies passiert ist. Der Ältestenrat hat sich ja damit befasst, und die Sitzung musste nachgeholt werden.

Viel interessanter ist aber eigentlich die 30. Sitzung der Energiekommission. Im Protokoll wird der gerade immer dazwischenredende Kollege Tobias Thalhammer zitiert. In der Kommissionssitzung ging es um die Frage, wie man mit dem Zwischenbericht verfährt. Das war am 25. April. Da haben Sie, Herr Thalhammer, wörtlich gefragt – ich zitiere aus dem Wortprotokoll –: Müssen wir den Bericht der Opposition vorher zuleiten? Sie haben ernsthaft vorgeschlagen oder die Frage gestellt, den Bericht gar nicht zuzuleiten. Das ist ein Tiefpunkt im Umgang mit den Regeln in diesem Hause.

(Beifall bei den GRÜNEN - Tobias Thalhammer (FDP): Sie haben doch Ihre Mitarbeit gekündigt! Sie wollten doch von der Energiekommission nichts mehr wissen!)

Ich möchte einen weiteren Bereich ansprechen. Er passt ganz gut zu den Ausführungen des Kollegen Blume, der die Sitzung mit dem Thema der Zielkonflikte bei der Energiewende gerade als die entscheidende Sitzung der Energiekommission dargestellt hat, bei der wir nicht anwesend waren. Ich habe das Wortprotokoll hier. Diese Sitzung fand am 13. Mai 2013 statt. Laut Kollegen Blume war das eine der interessantesten Sitzungen. Sie hat von 10.00 Uhr bis 10.30 Uhr gedauert; anwesend waren am Anfang nur zwei Abgeordnete der Regierungsfractionen. In der Sitzung haben sich die Vertreter des Umweltministeriums bis zu acht Mal zu Wort gemeldet und ganz konkrete Formulierungswünsche geäußert, was in den Bericht hinein soll. Vom Kollegen Markus Blume ist keine einzige Wortmeldung zu verzeichnen, vom Kollegen Thalhammer eine.

(Tobias Thalhammer (FDP): Oft ist auch weniger mehr! Sie brauchen ganze Stunden, um das zu sagen, was ich in einer Minute sage!)

Dass der Kommissionsvorsitzende teilgenommen hat, ist klar. Für uns ist bei diesem Thema deutlich geworden: Von der Regierungsseite werden, wie dem Protokoll zu entnehmen ist, konkrete Formulierungswünsche herangetragen. Dies verletzt in gravierender Weise die Trennung zwischen Legislative und Exekutive. In diesem Hause war es eigentlich immer Standard, diese ganz klar voneinander zu trennen. Dies muss auch so sein.

Ich möchte noch auf einen weiteren Bereich eingehen. Kollege Blume hat das, was in unserem Papier durchaus steht, als Kampfbegriff dargestellt, nämlich

die Bezahlbarkeit der Energiewende. Man muss ganz konkret sein, Herr Blume. In Ihrem Abschlussbericht gehen Sie nicht konkret darauf ein, wie Sie das EEG ändern wollen. Sie sagen nur, dass etwas geändert werden muss. Sie gehen nicht darauf ein, wie Sie sich das vorstellen.

Zum Thema Bezahlbarkeit ist gestern etwas Interessantes veröffentlicht worden. Die EEG-Umlage wird 2014 vermutlich um 0,8 bis 1 Cent steigen – das ist richtig –, der Strompreis könnte aber fallen, hieß es in der ersten Meldung. Das hat damit zu tun, dass der Strompreis an der Börse schon seit Monaten und Jahren stark fallend ist. Den meisten Kollegen ist nicht ganz bewusst, dass wir selbst im Termingeschäft für das Jahr 2013 einen Strompreis von 3,8 Cent pro Kilowattstunde haben. Im Sommer 2008, kurz vor der Wirtschaftskrise, hatten wir einen Preis von 9,5 Cent. Wenn der niedrigere Börsenpreis an die Kunden weitergegeben werden würde und man Strompreis und EEG-Umlage zusammenrechnet – die EEG-Umlage muss jetzt die Differenz zwischen Börsenpreis und gesicherter Vergütung ausgleichen –, wäre der Preisanstieg gar nicht so gravierend, wie er immer dargestellt wird.

In einem Satz heißt es wieder, dass der Industriestandort Deutschland in Gefahr sei. Da hat man arg viel von Oettinger abgeschrieben. Gar nicht eingegangen wird aber darauf, dass die EEG-Umlage für die energieintensive Industrie in diesem Land seit zwölf Jahren genau um 0,0 % gestiegen ist. Das muss jedem bewusst sein. Das heißt: Für die energieintensive Industrie hat sich die Umlage, die bei 0,05 Cent liegt, seit zwölf Jahren nicht geändert; sie ist gleich geblieben, während der Strombezugspreis an der Börse gewaltig gefallen ist. Dies zeigt uns ganz deutlich: Die Bezahlbarkeit der Energiewende muss man angehen, da die Kosten sehr ungerecht verteilt sind. Für diese ungerechte Verteilung der Kosten trägt definitiv Schwarz-Gelb die Verantwortung. Der Umwälzmechanismus der EEG-Umlage wurde 2010, also während Ihrer Regierungszeit geändert, weswegen jetzt die Umlage sprunghaft ansteigen muss, wenn der Börsenpreis nach unten geht. Dort wollen wir gegensteuern – das steht ganz deutlich in unserem Papier.

Zum Schluss möchte ich noch darauf eingehen, dass es durchaus richtig und, wie ich glaube, in diesem Hohen Hause auch selbstverständlich ist, dass die Energiewende viele Herausforderungen mit sich bringt. Das ist unbestritten. Man wird um die eine oder andere Lösung und Idee sicher noch ringen müssen. Erstaunlich ist aber schon, dass die letzten Sitzungen der Energiekommission, an denen wir teilgenommen haben – das kann man auch dem Protokoll entneh-

men –, immer mehr zu einer Problembeschreibung bei der Energiewende wurden. Es werden kaum noch Lösungen präsentiert und kaum noch Chancen und Herausforderungen, die man bestehen kann, in den Mittelpunkt gestellt. Meist sind es nur Probleme. Das sieht man am Abschlussbericht ganz deutlich. Seitenweise wird darauf eingegangen, was alles nicht funktioniert.

Vorhin wurde angesprochen, wir sollten Lösungen präsentieren. Wir haben Lösungen präsentiert. Was hat denn Schwarz-Gelb an Lösungen präsentiert? – Berlin muss machen, Brüssel muss machen. Sie selbst aber wollen gar nichts tun. So wird die Energiewende nicht gelingen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Noch ganz kurz zum Thema Versorgungssicherheit – das wurde vorhin vom Kollegen Blume auch angesprochen. Ich glaube, er hat es noch gar nicht geschafft, unsere Seiten zu lesen. Er hat heute in der Kommission etwas festgestellt. Zu den Inhalten gab es vonseiten der Regierungsfraktion ja keine Debatte.

(Tobias Thalhammer (FDP): Da war auch nichts Neues von Ihnen dabei!)

Wir haben eine ganze Reihe weiterer Punkte dargestellt. Sie haben das Thema Lastverschiebungen abgetan. Sie hätten weiterlesen müssen. Es geht auch um Stromsparen, Effizienzsteigerungen, den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung, um regenerative Kombi-Kraftwerke und auch darum, im letzten Schritt das eine oder andere Gaskraftwerk wieder an den Markt zu bringen. Dies alles ist in unserem Papier enthalten – ich verweise auf Seite 33; das ist eine ganze Seite zur Versorgungssicherheit. So viel habe ich bei Ihnen nicht gefunden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Nächster Redner ist Herr Kollege Thalhammer. Bitte schön, Herr Kollege.

Tobias Thalhammer (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Energiewende ist eine doppelte Chance, nämlich aus ökologischer, aber auch aus ökonomischer Sicht. Ich freue mich, als Abgeordneter dieses Hauses – im Gegensatz zu den Oppositionskollegen – sagen zu dürfen: Wenn wir den Umstieg in das Zeitalter der erneuerbaren Energieversorgung erfolgreich geschafft haben, können wir behaupten: Wir haben diesen Umstieg in dieses Zeitalter parlamentarisch aktiv mitgestaltet. Der beste Beweis dafür ist der Bericht, den wir heute vorlegen konnten. Ich bin stolz auf diesen Bericht, und das ist ein guter

Bericht. Er ist nämlich ein Fundus geballten Expertenwissens. Experten aus ganz Deutschland sind zu uns gekommen und haben sich in unzähligen Sitzungstunden aktiv mit uns ausgetauscht. Ich muss ehrlich sagen: Es war hervorragend, als Politiker dieses Landes so viel Expertenwissen erfahren zu dürfen und um Lösungsvorschläge zu ringen. Die Opposition hat dies leider versäumt.

Deswegen wundert es auch nicht, dass die Minderheitenmeinung, die Sie heute noch zu Papier gebracht haben, nichts Neues enthält, dass sie keine entscheidenden Weichen stellt und dass sie vor allem Bayern nicht weiter voranbringt.

(Beifall bei der FDP - Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Die Energiekommission war auch eine selbstbewusste Kommission. Ich greife nur ein Beispiel aus dem Bereich Windkraft heraus. Ich bin zwar der Meinung, dass die Wasserkraft deutlich besser zu Bayern als die Windkraft passt.

(Christine Kamm (GRÜNE): Die haben wir schon!)

Wir haben aber gezeigt, dass wir innerhalb dieser Energiekommission Lösungen aufzeigen wollen. Wir haben die Bedrängung der Bürgerinnen und Bürger genau unter die Lupe genommen. Wo gibt es denn vor Ort Schwierigkeiten mit einer Windkraftanlage? Wir haben festgestellt: Vor allem dort, wo Windkraftanlagen näher als 800 Meter an einem Mischgebiet stehen, gibt es Schwierigkeiten. Deswegen hat die Energiekommission als selbstbewusstes legislatives Instrument den Beschluss gefasst, dass ein Abstand von 800 Metern zu Gebäuden, in denen Menschen wohnen, gesetzlich festzuschreiben und nicht nur eine Empfehlung ist.

Gerade bei der Windkraft müssen wir uns von Ihnen und vor allem von den GRÜNEN überhaupt nicht sagen lassen, dass wir nicht wüssten, wie die Energiewende funktionieren würde. Betrachten wir alle im letzten Jahr errichteten Windkraftanlagen: In Bayern wurden 81 neue Windkraftanlagen gebaut, in Ihrem grün geführten Baden-Württemberg 9. Bayern ist damit im Vergleich der südlichen Länder an Position 1, das grün geführte Baden-Württemberg an letzter Stelle.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben das Neunfache für die erneuerbare Energieversorgung getan.

(Beifall bei der FDP)

Von Ihnen, liebe GRÜNEN, müssen wir uns nicht sagen lassen, wie die Energiewende funktioniert. Schwarz-Gelb kann die Energiewende besser.

(Beifall bei der FDP)

Anhand dieser Zahl habe ich verstanden, warum Sie in der Energiekommission untergetaucht sind. Das ist ganz klar: Sie schämen sich für die Resultate Ihrer eigenen Parteifreunde.

Beim Zieldreieck ist der FDP-Fraktion vor allem die Bezahlbarkeit wichtig. Für die Bürgerinnen und Bürger möchte ich noch einmal ganz klar sagen, warum uns das so wichtig ist.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wir können uns nur fremschämen!)

- Ich glaube nicht, dass Sie sich fremschämen. Wenn Sie gleich die Zahlen hören, werden Sie sich eher für die Vorschläge schämen, die aus Ihren eigenen Reihen kommen. Sie handeln nur mit dem Geld fremder Menschen. Sie greifen in den Geldbeutel der Bürgerinnen und Bürger, lieber Kollege.

(Beifall bei der FDP)

Ein Drei-Personen-Haushalt mit einem Verbrauch von 3.500 Kilowattstunden hat im Jahre 2010 71 Euro an Umlage bezahlt. Im Jahre 2013 bezahlt ein Drei-Personen-Haushalt bereits das 2,5-Fache, nämlich 185 Euro. Im Jahre 2014 wird die Umlage mit 215 Euro das Dreifache betragen. Zum ersten Mal wird die Schallgrenze von 1.000 Euro der Energiekosten insgesamt überschritten. Ein durchschnittlicher privater Drei-Personen-Haushalt wird über 1.000 Euro an Energiekosten zahlen müssen. Für die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land ist die Bezahlbarkeit eine ganz entscheidende Stellschraube bei der Energiewende. Wir werden uns darum kümmern.

(Beifall bei der FDP - Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD) - Thomas Mütze (GRÜNE): Sie sind doch die Lobbyisten!)

- Sie sind die Lobbyisten. Sie von den GRÜNEN kommen mir da gerade recht. Sie sind die Lobbyisten für die Photovoltaikindustrie. Sie handeln nach dem Motto: Wer am lautesten schreit, erhält die höchste Förderung. Sie haben gesagt, die Bezahlbarkeit der Energieversorgung sei ein Kampfbegriff.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Mütze (GRÜNE))

Sie scheren sich nicht um den Geldbeutel der kleinen Bürger in diesem Land. Mit Ihrer Vernachlässigung

der Bezahlbarkeit und mit Ihrer Kostentreiberei werden Sie der Energiewende einen Bärendienst erweisen.

(Beifall bei der FDP - Zuruf des Abgeordneten Thomas Mütze (GRÜNE) - Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

- Wenn Sie von der Opposition so einen Gesprächsbedarf haben, möchte ich Ihnen noch ein Beispiel nennen. Sie reden mit gespaltener Zunge. Sie sagen hier, der Wärmebereich sei die entscheidende Stellschraube. Damit haben Sie recht. Aber wieso handeln Sie nicht? Ich möchte daran erinnern, dass Sie im Bundesrat die steuerliche Begünstigung für die energetische Gebäudesanierung verhindert haben.

(Beifall bei der FDP)

Eine der entscheidenden Stellschrauben bei der Energiewende haben Sie blockiert. Sie leben von Boykott und von Blockade und bringen nichts voran.

(Beifall bei der FDP - Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Lieber Herr Kollege, spitze war vor allem Ihre Art des Schwänzens in der Energiekommission. Jetzt kommen Sie wieder angeschwanzelt – erst schwänzen und dann anschwanzeln. Erst haben Sie gesagt, alles sei unnützlich. Schließlich haben Sie festgestellt, dass man das so nicht machen kann, da man als Parlamentarier Aufgaben zu erfüllen hat. Auf einmal tauchen Sie in einer Kommission, der Sie die Mitarbeit bereits aufgekündigt haben, wieder auf.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das spricht für unsere Disziplin, dass wir noch einmal reingegangen sind!)

- Wissen Sie, für was das spricht? Das spricht für ihre gespaltene Zunge, und sonst für gar nichts. Das Verhalten der Opposition innerhalb dieser Kommission ist wirklich bemerkenswert gewesen. Das gilt nicht nur für die letzten Monate, in denen Sie nicht mit Ideen, sondern mit Abwesenheit gegläntzt haben. Das gilt ebenso für die Zeit davor. Die SPD hat im Rahmen der Aktuellen Stunden einen Führungsanspruch für dieses Land erhoben. In der Führung der Energiekommission hat sie jedoch total versagt. Sie wurden Ihrer Verantwortung nicht gerecht. Sie wurden, wenn überhaupt, nur sich selbst gerecht und Ihren Wahlkampfzielen. Die GRÜNEN – das hat uns nicht überrascht, da wir das vorher schon gewusst haben – sind vor allem mit Fragekatalogen in Erscheinung getreten. Sie haben ganze Beamtenapparate beschäftigt, aber selbst keinen Lösungsvorschlag geliefert. Und hatten Sie denn doch einmal eine Idee, wurde es teuer.

Herr Kollege Glauber, den FREIEN WÄHLERN muss ich einen besonderen Spiegel vorhalten. Sie als FREIE WÄHLER stellen sich als Moralapostel hin, die nur der Wahrheit verpflichtet sind. Sie sagen, Sie seien fleißig, und keine Ahnung was noch alles. Ich sage einmal, wie das war. Ihr Ausscheiden aus der Energiekommission war nur konsequent, weil Sie auch zuvor fast nie da waren. Sie stellen sich an die Spitze der Bewegung und haben gesagt, das Ganze sei eine Kaffeeklatschrunde. Das hätte sich jeder erlauben können, aber nicht die FREIEN WÄHLER.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Summa summarum möchte ich festhalten, dass wir einen sehr guten Abschlussbericht vorgelegt haben, während sich die Opposition darauf beschränkt hat, sich die Köpfe einzuschlagen. Wir haben uns die Köpfe im Sinne der Energiewende zerbrochen.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Die Energiekommission hat es nicht verdient, dass so mit ihr umgegangen wird. Sie haben das Interesse der Energiekommission, die Energiewende einzuleiten, mit Füßen getreten. Sie als Opposition haben kein Konzept geliefert. Sie wollten mit Krawall über Ihre Konzeptlosigkeiten hinwegtäuschen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie haben die Geschäftsordnung bis zum Geht-nicht-mehr strapaziert!)

Frau Kollegin Stewens hatte mit ihren Äußerungen in der Aktuellen Stunde recht, als sie festgestellt hat, dass von einer Oppositionsarbeit im Bayerischen Landtag nicht viel zu spüren sei. Das haben sie am besten und am eindringlichsten mit Ihrer Abwesenheit von der Energiekommission gezeigt. Danke für Ihre Konsequenz in diesem Sinne.

(Beifall bei der FDP - Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Die Wählerinnen und Wähler werden im September eine Entscheidung treffen. Sie werden zwischen dieser Seite – Blockade und Boykott – und dieser Seite – Gestaltungskraft und Gestaltungswillen – entscheiden. Ich bin frohen Mutes, dass die Wählerinnen und Wähler dieses Landes wissen, wer dieses Land aufhält und wer dieses Land voranbringt: Voran bringt Bayern die schwarz-gelbe Koalition.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Gerade haben wir noch entdeckt, dass sich Herr Hartmann zu einer

Zwischenbemerkung gemeldet hat. Bitte schön, Herr Kollege Hartmann.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sie haben eben die Entwicklung der Energiekosten in den letzten vier Jahren angesprochen. In diesem Zusammenhang möchte ich Ihnen die Frage stellen, wer eigentlich in den letzten vier Jahren dieses Land regiert hat. Das EEG ist ein Bundesgesetz. In den letzten vier Jahren hat sich der Kreis der privilegierten Unternehmen verdreifacht. Die Zahl der Unternehmen, die von den Netzentgelten befreit worden sind, hat sich verdreifacht. Unter wem ist das gelaufen? Das ging auf Kosten von Mittelstand, Kleingewerbe und Privatpersonen. Wer hat das in den letzten vier Jahren verursacht?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Bitte schön, Herr Thalhammer.

Tobias Thalhammer (FDP): Herzlichen Dank, dass Sie mir noch einmal die Gelegenheit geben, speziell auf die Preissteigerungen einzugehen. Es gibt zwei entscheidende Faktoren für die Preistreiber bei den Energiekosten. Der eine Faktor ist zurückzuführen auf den Grundansatz des rot-grünen EEG. Dort hat man keine wettbewerbsrelevanten Fördermaßnahmen installiert. Stattdessen ist der Industrie das meiste Geld gegeben worden, die am lautesten geschrien hat, beispielsweise die Photovoltaik-Industrie. Das war der erste Fehler.

(Volkmar Halbleib (SPD): Warum habt ihr das nicht geändert? Ihr hättet doch alles ändern können! - Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Der zweite Faktor der EEG-Preissteigerung liegt in der Differenz zwischen dem Börsenpreis und der 20-jährigen gesicherten Vergütung. Das wurde damals unter der großen Koalition von Schwarz-Rot entsprechend verankert. In dieser Legislaturperiode hat man sich endlich damit beschäftigt, die Kosten zu senken, indem das Land vor einer Deindustrialisierung geschützt wird. Man hat erkannt, dass hohe Energiekosten für soziale Probleme verantwortlich sind und Arbeitsplätze in diesem Land vernichten.

(Volkmar Halbleib (SPD): Die Kosten steigen doch!)

Es gibt genau eine politische Kraft in diesem Land, die wirklich sorgsam mit den Kosten umgeht. Das sind die Freien Demokraten.

(Beifall bei der FDP - Volkmars Halbleib (SPD): Sie belasten die Arbeitnehmer!)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Kollege Thalhammer, das war's. Wenn ich das richtig sehe, haben die FREIEN WÄHLER Herrn Dr. Fahn benannt. – Das ist so. Ich darf Ihnen das Wort geben. Sie haben noch - -

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Drei Minuten und 40 Sekunden!

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Damit kann man die ganze Welt aus den Angeln heben, Herr Kollege Dr. Fahn.

(Eberhard Sinner (CSU): Lieber einen Schoppen trinken!)

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): - Aber erst heute Abend um 24.00 Uhr.

Herr Thalhammer, es wurde sehr emotional diskutiert. Warum ist die Opposition damals ausgestiegen? Es ging darum, dass man in der Enquete-Kommission nicht nur redet, sondern auch handelt. Konkret ging es um vier Anträge, die insgesamt 57 Millionen Euro gekostet hätten. Diese Anträge wollten Sie nicht mittragen. Deswegen haben wir gesagt: Wir wollen nicht nur reden, sondern handeln. Das ist ein wichtiger Punkt, damit eine Enquete-Kommission auch erfolgreich ist.

Ich möchte trotzdem sagen: Sie haben stark polarisiert. Das machen Sie bewusst. Wir sollten aber schön ruhig bleiben und nach vorn schauen. Die Wahlperiode neigt sich dem Ende entgegen. Vielleicht versuchen wir, ein paar Brücken zu schlagen und nach vorn zu schauen; denn die Energiewende wird uns auch in den nächsten fünf Jahren noch beschäftigen, und dann müssen wir wieder zusammenarbeiten. Das ist ganz wichtig.

Ich nenne ein paar Vorschläge, zu denen eine Entscheidung noch aussteht und über die man weiter diskutieren könnte. So fordern wir weiterhin ein Energieministerium. Wir haben es in den vergangenen Wochen und Monaten erlebt: Einiges wird im Umweltministerium, einiges im Landwirtschaftsministerium oder im Wirtschaftsministerium besprochen. Eigentlich wäre ein Energieministerium die richtige Lösung.

Frau Stewens, Sie haben gesagt, Sie würden den Antrag der FREIEN WÄHLER ablehnen, aber wenn die CSU die Alleinregierung habe, werde sie ein Energieministerium einführen.

(Tobias Thalhammer (FDP): Die CSU wird keine Alleinregierung haben!)

Wir setzen auf ein Energieministerium. Das ist in der nächsten Wahlperiode sinnvoll und notwendig. Eine Enquete-Kommission ist die eine Sache; aber es gibt natürlich auch Alternativen, über die man einmal diskutieren könnte. Eine Alternative ist eine sogenannte Enquetekommission, in der nicht nur Politiker, sondern auch Fachleute aus Umweltverbänden, Wirtschaftsverbänden, von den Stadtwerken usw. vertreten sind, die gemeinsam versuchen, eine Lösung für unser Land zu finden. Vielleicht könnten wir auch hierüber einmal diskutieren.

Nun zu einem dritten Punkt – ich habe ja nicht viel Zeit -: Wir wollen eine echte Bürgerbeteiligung. Der Herr Ministerpräsident ist anwesend. Herr Ministerpräsident, Sie haben in den letzten Wochen und Monaten einige Alleingänge produziert. Wir müssen fragen, ob die wirklich produktiv waren. Zeitungen berichten: "Wind-Experten weisen Seehofer-Idee zurück", "Ein Sturm im Wasserglas", "Seehofer stänkert gegen die Windkraft", "Politische Windspiele" oder: Föhnlein Seehofer. – So die Mittelbayerische Zeitung.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Es ist trotzdem falsch, auch wenn es in der Zeitung steht!)

- Wenn es falsch ist, dann können Sie es ja widerlegen. Bisher haben Sie es nicht widerlegt. Deswegen sage ich: Es ist nicht falsch.

Herr Ministerpräsident, das Bürgerengagement in Sachen erneuerbare Energien ist in Bayern Spitze. Über 70 % der Bürger befürworten die Energiewende, über 70 % sind auch für die Windenergie. Bayern ist auch Spitze bei den Energiegenossenschaften. In Bayern gibt es 151 Energiegenossenschaften, 20 Landkreise haben den Beschluss gefasst, eine Versorgung mit Strom zu 100 % aus erneuerbaren Energien anzustreben. Deshalb müssen wir auch beim Thema Windenergie mit den Bürgern zusammenarbeiten.

Allerdings haben wir auch gemerkt, dass die gegenwärtigen formalen Regelungen und Abläufe im Genehmigungsverfahren noch verbessert werden müssen. Herr Ministerpräsident, Sie treffen sich ja öfters mit diesen Initiativen. Dadurch haben Sie sehr viel Publizität erreicht. Das ist ganz klar. Aber das hat der Sache in gewisser Weise auch geschadet. Es wäre sinnvoller gewesen, Sie hätten gemeinsam mit den Windkraftgegnern und mit den Befürwortern ein Konzept entwickelt, damit wir zusammen die Energiewende in Bayern schaffen.

Ich muss jetzt leider schon aufhören, weil meine Redezeit abgelaufen ist. Man könnte noch viel mehr sagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Kollege. – Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Die Aussprache ist geschlossen. Der Tagesordnungspunkt ist erledigt. Herzlichen Dank für die Berichte und für die Diskussion.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

**Abschlussbericht
der Kinderkommission des Bayerischen Landtags
(Drs. 16/17490)**

Zum ersten Mal berichtet in diesem Haus eine Kinderkommission über ihre Ergebnisse. Dazu gebe ich der Vorsitzenden Frau Kollegin Brigitte Meyer das Wort. Bitte sehr, Frau Kollegin Meyer.

Brigitte Meyer (FDP): Sehr verehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es freut mich persönlich sehr, dass ich Ihnen heute als amtierende Vorsitzende und letzte in der Vorsitzendenreihe, die es in dieser Legislaturperiode gab, über die erfolgreiche Arbeit der Kinderkommission berichten darf. Ich freue mich auch persönlich ganz besonders, weil die politische Absicht, eine Kinderkommission einzurichten, von unserer Seite im Koalitionsvertrag verankert wurde. So schließt sich für mich persönlich heute ein Kreis.

(Beifall bei der FDP)

In der Plenarsitzung am 18. Juni 2009 wurde im Landtag parteiübergreifend von allen Fraktionen ein Antrag zur Einsetzung einer Kinderkommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder beschlossen. Die Kinderkommission wurde als Unterausschuss des Sozialausschusses eingesetzt, und die Zahl der Mitglieder wurde auf je einen Vertreter der aktuell fünf im Landtag vertretenen Fraktionen festgelegt. Ob es Zufall oder einer gewissen traditionellen Selbstverständlichkeit geschuldet war, alle Fraktionen entsandten – oh Wunder! – jeweils eine Frau in die Kinderkommission: Frau Petra Dettenhöfer kam für die CSU, Frau Dr. Simone Strohmayr für die SPD, Frau Kollegin Eva Gottstein für die FREIEN WÄHLER und Frau Claudia Stamm für die GRÜNEN sowie ich als Vertreterin der FDP. Beschlüsse sollten stets einstimmig gefasst werden, und der Vorsitz sollte nach Größe der Fraktionen in einem regelmäßigen Turnus wechseln, sodass

jedes Mitglied einmal den Vorsitz innehat. – So bestimmte es der Landtag.

Unterstützt und betreut wurde die Kinderkommission durch das Landtagsamt, zunächst von der Mitarbeiterin des Sozialausschusses, Frau Zschau, die leider nicht mehr bei uns tätig ist, aber ein Riesenspensum bewältigen musste, weil sie die Kinderkommission parallel zu den Landtagsaufgaben betreute, und ab September 2011 von einer eigens für die Kommission eingesetzten Fachkraft, von Frau Feldmann, der ich an dieser Stelle im Namen aller Kolleginnen und Kollegen sehr herzlich danken möchte. Sie hat uns auch dann, wenn es einmal etwas schwieriger wurde, mit ihrer allzeit ausgeglichenen Art sehr gut begleitet.

(Allgemeiner Beifall)

Außerdem nahmen an unseren Sitzungen stets Vertreter und Vertreterinnen der entsprechenden Ministerien teil und versorgten uns mit vielen sachdienlichen Informationen und Hinweisen. Auch dafür an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön!

Die erste Sitzung der Kinderkommission fand am 21. Oktober 2009 statt. Es folgten 47 weitere Sitzungen. Wenn man bedenkt, dass andere Ausschüsse rund 110 bis 120 Sitzungen hatten, dann sind diese 47 Sitzungen eine stolze Zahl. Wir waren überwiegend in nichtöffentlicher Form tätig. Das war auch so bestimmt worden. Darüber hinaus haben wir zahlreiche auswärtige Informationsbesuche gemacht, diverse Aktionstage durchgeführt und eine Delegationsreise zu unserer großen Schwester, der Kinderkommission des Deutschen Bundestages, unternommen. – Wenn ich richtig informiert bin, ist das bayerische Parlament das erste und einzige Länderparlament, das überhaupt eine Kinderkommission eingerichtet hat.

Zu Beginn wurde unser gemeinsames Arbeitsprogramm erarbeitet, in dem wir inhaltliche Schwerpunkte für die kommenden Jahre festsetzten. Wir haben uns auf zwölf Themenschwerpunkte geeinigt, für jedes Mitglied drei unterschiedliche Bereiche, und diese immer aus der Sicht der Kinder betrachtet. Beschlüsse mussten einstimmig gefasst werden. Auch das hatte der Landtag festgelegt. Während der vergangenen vier Jahre haben wir 15 solche Beschlüsse zu den verschiedensten Themen gefasst.

Die erste große Herausforderung bestand zu Beginn der Amtsperiode in der Verabschiedung der Geschäftsordnung. Die Kollegin, die das bewältigen musste, hatte zweifellos eine große Aufgabe zu bestehen.

(Allgemeiner Beifall)